

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N<sup>o</sup> 8.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Hannover  
Sonnabend, 18. April 1903.

Geschäftsinserate pro 3spalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Steinthorstr. 6.

12. Jahrg.

## Zur Beachtung!

Seit dem 1. April sind die Beiträge von 15 auf 20 Pfg. und von 7<sup>1/2</sup> auf 10 Pfg. erhöht worden.

Da im Laufe des Vierteljahres immer noch Kolleginnen und Kollegen kommen werden, die Beitragsreste schulden, so sind die alten Marken zur Begleichung dieser Reste vorläufig noch am Orte zu behalten und in den Abrechnungen als Materialbestand aufzuführen. Die Kollegen, welche mit Kassierung der Beiträge zu thun haben, die Bevollmächtigten sowohl als auch die Hilfskassierer, wollen darauf drängen, daß die Kollegen ihre Restbeiträge aus dem ersten Quartal umgehend begleichen, damit bald endgiltig das alte Markenmaterial aus den Abrechnungen herauskommen kann.

Mit der Nummer 7 des „Proletarier“ sind die Abrechnungsformulare versandt worden. Die Kollegen allerorts wollen unverzüglich die Abrechnung für das erste Quartal vornehmen. An Orten, wo die Revisoren in der vorgeschriebenen Zeit nicht aufgefordert wurden, wollen sie selbst die Anregung zur Vornahme der Abrechnung geben. Wegen des Wechsels in der Beitragszahlung ist es unbedingt notwendig, daß Abrechnungen aus dem ersten Quartal nicht mit denen aus dem zweiten Quartal zusammenfallen. Also noch einmal: Pünktlich abrechnen!

In der Abrechnung für das 1. Quartal sind etwa bereits verkaufte 20 und 10 Pfg.-Marken nicht mit aufzuführen, weder als verkauft noch im Materialbestande. Wenn es geschieht, wird damit nur die Abrechnung erschwert.

Die Mehrzahl der Kollegen hat sich mit der Erhöhung der Beiträge einverstanden erklärt; die Minderheit wird demokratisches Gefühl genug besitzen, um dem Beschluß des Verbandstages jene Würdigung angedeihen zu lassen, welche die höchste Instanz innerhalb unserer Organisation beanspruchen darf. Das umsomehr, als die Erhöhung in Folge Wegfalls der Steuer zum Streifonds und der Extramarken keineswegs bedeutend ist. Wir kämpfen mit der Organisation um Besserung unserer Lage! Zum Kampfe gehört Geld! Die Organisation soll eintreten für die Bemessungen, für die reisenden Kollegen, für die umziehenden, für die Hinterbliebenen verstorbenen Kollegen und für die Kollegen, welche ihre Gehälter durch den Tod verloren haben. Die Mittel, welche in letzteren Fällen aufgewandt werden mußten, sie haben sich gemehrt, sie mehren sich fortwährend, da müssen wir den Geldbeutel in Bereitschaft haben, um Noth und Elend lindern zu können. Welcher Kollege wird da wegen der geringfügigen Beitragserhöhung zurücktreten wollen aus der Schaar der Kämpfer? Das wäre Pflichtvergessenheit gegenüber seinen Leidenskollegen, gegenüber sich selbst. Weiß er doch nicht, ob er nicht schon in aller nächster Zeit durch Maßnahmen des Unternehmers oder durch Schicksalsschläge gezwungen ist, an den Beistand seiner Verbandsgenossen sich wenden zu müssen. Wer erst einmal aus dem Rahmen der Organisation ausgestreut ist, hat Anspruch auf Hilfe und Beistand verwirkt! Der muß dann erst wieder die Wartezeit durchmachen, um Hilfe erwarten zu können. Ja, der Wiedereintritt selbst ist ihm, und zwar mit Recht, nach den neueren Bestimmungen des Statuts dadurch erschwert worden, daß vor Wiedereintritt die geschuldeten Beitragsreste bezahlt werden müssen. Das mögen all die Verbandsgenossen und -Genossinnen beherzigen, die ihren Austritt mit der Erhöhung der Beiträge rechtfertigen möchten!

Treu und fest zur Organisation halten, ihr neue Anhänger werden, das muß unser Lösungswort sein! Schon mehren sich die Merkmale einer schärferen Kampfweise gegen die Arbeiter. Der Hungertarif wird das Stück Brot vertheuern und die Gelegenheit zum Verdienst aber schmälern! Da gilt es, zu kämpfen um bessere Bezahlung und den errungenen Lohn zu verteidigen. Wir erwarten, daß keiner der jetzigen Verbandsgenossen angesichts dieser Kämpfe sich von der Front entfernt und seine Fahne verläßt.

Soch die Organisation!

## Gegen die Wurmkrankheit

erläßt die königliche Amtshauptmannschaft Chemnitz unter dem 16. März 1903 eine Verfügung, nach welcher

die aus Rheinland und Westfalen kommenden Ziegeleiarbeiter, namentlich sogenannte Bipper, ein Gesundheitsattest vorzeigen müssen. Wir bringen die Verfügung in ihrem Wortlaut nachstehend:

„In Folge der Verbreitung der gefährlichen und äußerst ansteckenden Eingeweidewurmkrankheit unter den Berg- und Ziegeleiarbeitern der Provinzen Rheinland und Westfalen machen sich im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege besondere Maßregeln erforderlich, um einer Einschleppung der erwähnten Krankheit nach Sachsen und insbesondere in den hiesigen Verwaltungsbezirk thunlichst vorzubeugen. Aus allgemeinen gesundheitspolizeilichen Gründen wird Ihnen daher zur Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 100 Mk. für jeden Zuwiderhandlungsfall aufgegeben:

1. nur solche aus Rheinland und Westfalen kommende oder seit dem 1. April 1902 dort aufhältlich gewesene Ziegeleiarbeiter, namentlich sogenannte Bipper, in Ihren Betrieb einzuführen, die durch das Zeugnis eines hiesigen Arztes nachgewiesen haben, daß sie mit der Wurmkrankheit nicht behaftet sind;
2. die Namen sowohl der von Ihnen angenommenen als auch der zurückgewiesenen Arbeiter sofort und spätestens binnen 24 Stunden unter Vorlegung des ärztlichen Zeugnisses dem Gemeindevorstande anzuzeigen;
3. in Ihrer Ziegelei für die Arbeiter gutes Trinkwasser, die nöthigen Wascheinrichtungen und ordnungsmäßige Abortanlagen zu beschaffen.“

Sollten in anderen Amtshauptmannschaften Sachsens oder in anderen deutschen Bundesstaaten ähnliche Verfügungen erlassen werden, so wäre recht sehr zu wünschen, daß sie sich auch auf die Lagerstätten erstrecken. Jeder Betrieb muß ordentliche Schlaf- und Betten zur Verfügung einräumen, und das Benutzen eines Bettes von mehreren Ziegeleiarbeitern verbieten. Das Zusammenschlafen ist gewiß geeignet, die Ansteckungsgefahr zu erhöhen.

## Das schwer belastete Unternehmertum.

Es ist eine bekannte Erscheinung, daß das Kapital alles Das als eine drückende Fessel betrachtet, was seiner Ausbeutungsfreiheit Schranken zieht, und daß es alles Das als eine unerträgliche Last empfindet, was geeignet ist, das Loos der arbeitenden Klasse in etwas wenigstens zu erleichtern. Während man einerseits bei gewissen Gelegenheiten von der sozialpolitischen Arbeiterfürsorge Deutschlands ein großes Aufheben macht, jammert man bei anderen Gelegenheiten wieder über die großen Opfer, die man gezwungenermaßen für die Arbeiter bringen muß. So beschäftigte sich vor Kurzem eine in Berlin zusammengetretene Arbeitgeber-Versammlung, zu der aus zahlreichen deutschen Städten Vertreter erschienen waren, mit der Frage der Arbeitslosenversicherung. Wie unsere Leser wissen, ist der Gedanke einer Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen einer unverschuldeten Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren immer häufiger erwähnt worden. Man hat allgemein eingeschätzt, daß es notwendig ist, die Arbeitslosen während der flauen Zeit über Wasser zu halten. Die organisierten Arbeiter haben in richtiger Würdigung dieser Nothwendigkeit trotz ihrer geringen Löhne größere Opfer auf sich genommen und sich zur Zahlung höherer Beiträge entschlossen, um die arbeitslosen Kollegen unterstützen zu können. Gleichzeitig ist ihrerseits immer wieder betont worden, daß eigentlich der Staat und das Unternehmertum die Pflicht haben, für die Arbeitslosen zu sorgen. Man sagt sich, daß Staat und Unternehmertum ein lebhaftes Interesse daran hätten, das Meer der Arbeitslosen nicht ins Dumpfenproletariat hinabsinken zu lassen, sondern zu gegebener Zeit wieder arbeitsfähige Leute auf dem Arbeitsmarkte vorzufinden. Die Sklavenshalter des Alterthums mußten ihre Sklaven während der flauen, arbeitslosen Zeit durchfüttern, während die modernen Kapitalisten ihre Lohnsklaven bei Beginn der flauen Geschäftszeit einfach auf die Straße werfen, unbesümmert darum, wie die Armen sich durch die arbeitslose Zeit hindurchschlagen. Da erscheint es denn nicht mehr als recht und billig, daß sie auch ihren Theil dazu beitragen, die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern.

Von diesen Ermögungen ausgehend, haben einflußreiche Sozialpolitiker, auch aus bürgerlichen Kreisen, die Beitragspflicht der Unternehmer zu den Kosten einer staatlichen Arbeitslosenversicherung als eine selbstverständliche Forderung sozialpolitischer Gerechtigkeit erklärt. Die deutschen Regierungen sind dieser Frage unseres Wissens überhaupt noch nicht nahe getreten; die Herren Unternehmer aber halten es für angebracht, vorzubeugen und einen anderen Standpunkt einzunehmen. Es wurde deshalb am 23. März in Berlin folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung deutscher Arbeitgeber ist von der Nothwendigkeit einer ausreichenden Fürsorge für die in der Industrie thätigen Arbeiter durchdrungen. Die Anwesenden sind jedoch der Ansicht, daß das deutsche Gewerbe bereits so große Opfer für seine Arbeiter bringt, daß es bereits an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen und gegen weitere ihm zugemuthete Opfer im Interesse seiner Selbsterhaltung und Konkurrenzfähigkeit auf das Allerentschiedenste Stellung nehmen muß. Sollte die Regierung trotz der Arbeitslosenversicherung entgegenstehenden Gründe an eine Verwirklichung dieser Versicherung herantreten, so müßten die Kosten dieser Versicherung der Gesamtheit der Staatsbürger und nicht den Gewerbetreibenden aufgelegt werden.“

Das ist die alte Geschichte: die Herren Unternehmer streichen in den guten Zeiten die Niesenprofite schmunzelnd ein und wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, wenn die Arbeiter einen Antheil von dem gesteigerten Geschäftsertrage fordern. Hat aber ihre unspinnige kapitalistische Produktionsweise die Kräfte herausbeschoren und Tausende von Arbeitern aufs Pflaster geworfen, so kammern sie sich nicht im Geringsten um die bedauernswerthen Opfer ihrer Mißwirtschaft. Dann mögen die Armen hungern oder betteln. Einen Theil des erbetenen Gewinnes herauszugeben, fällt den Herren nicht ein; die Gesamtheit der Bürger mag eintreten, d. h. die ohnehin mit Steuern, besonders indirekten, überbürdeten Bevölkerungsschichten sollen die Lasten tragen, die die wilde Konkurrenz und Spekulation der Kapitalproben nothwendig macht. Und dabei hat man noch die freche Stirn, zu versichern, die deutschen Arbeitgeber seien von der Nothwendigkeit einer ausreichenden Fürsorge für die Arbeiter durchdrungen. Wahrlich, ein Maulheldenthum schlimmster Sorte!

Bei dem Sträuben des Unternehmertums, für soziale Zwecke Opfer zu bringen, wird stets die Belastung desselben und die dadurch entstehende Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Auslande ins Feld geführt. In den letzten Tagen durchlief die kapitalistische Zeitungen ein Artikel, der in beweglichen Worten über die Soziallast jammerte, unter der die deutsche Industrie zu erliegen drohe. Es hieß darin: „In politischen Kreisen, auch in solchen der Reichsregierung, hat man offenbar vielfach keine richtige Vorstellung davon, mit welchen enormen Beträgen unsere Industrie an Steuern und Beiträgen für sozialpolitische Fürsorgezwecke belastet ist. Wäre man sich nämlich hierüber klar, so wäre es unmöglich, daß immer wieder Forderungen gestellt würden, welche auf erhebliche Erhöhung der bestehenden und Auferlegung neuer Soziallasten hinauslaufen; es wäre unmöglich, daß leitende und andere Staatsmänner obendrein noch ihre Bereitwilligkeit bezeugen, der Verwirklichung derartigen Forderungen „ehelich“ näher zu treten. Bekanntlich hat man neuerdings jene „vielen Millionen, wenn nicht gar Milliarden“, welche der neue Zolltarif der Industrie angeblich in den Schooß werfen soll, für die Forderung herangezogen, es müsse ein „Ausgleich“ dadurch geschaffen werden, daß etwaige Mehreinnahmen des Tarifs für neue sozialpolitische Fürsorgezwecke festgelegt würden. Wir wählen daher, um einmal die jetzt schon vorhandene enorme Belastung unserer Industrie an einem handgreiflichen Beispiel zu zeigen, ein Unternehmen des rheinischen Kohlenbergbaues, von dem doch Niemand behaupten kann, die bisherige oder künftige Zollgesetzgebung hätte ihm irgend welche direkten Vortheile zugewandt. Wir wählen ferner ein Unternehmen, das noch im Jahre 1902, das bekanntlich für den Kohlenbergbau keineswegs günstig gewesen ist, einen recht ansehnlichen Reingewinn erzielen konnte, der immerhin noch die Vertheilung einer Dividende von 10 Prozent an die Aktionäre gestattete, während im Jahre 1901 diese 17 Prozent erhielten. Ein Unter-

nehmen, das auch in weniger guten Zeiten noch solchen Ertrag abzuwerfen vermag, muß einerseits technisch voll auf der Höhe stehen, andererseits aber sich einer ausgereiften Verwaltung erfreuen; es muß ferner über starke Reserven verfügen, also seine finanzielle Position gut sein. Wenn wir aber für unser Beispiel gerade ein solches Unternehmen wählen, so geschah es, weil die aus dessen Verhältnissen unter dem Druck der sozialen und Steuerlasten sich ergebenden Schlüsse für die gesamte Industrie maßgebend sind, indem, wo die eben erwähnten Bedingungen bei einem Werte weniger günstig liegen, besagter Druck um so schärfer in die Erscheinung treten muß. Die Bergbauergesellschaft „Giberna“ in Serne — um dieses Unternehmen handelt es sich — hatte ausweislich ihres letzten Jahresberichts folgende Beträge aufzuwenden (in runder Summe): für Staatssteuern 215.000 Mk., für Kommunal-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer 604.000 Mk., für Krankenversicherung 538.000 Mk., für Alters- und Invaliditätsversicherung 118.000 Mk. und für Unfallversicherung 500.000 Mk. Wenn man weiter in Betracht zieht, welche erheblichen Beträge unsere großen industriellen Unternehmen jährlich freiwillig auf Wohlfahrtszwecke verwenden, ohne daß es dazu des Zwanges der sozialen Versicherungsgesetze bedürfte (§ 7), so erscheint es schier unbegreiflich, wie angesichts solcher doch auch den Parlamentariern und den Regierungsstellen leicht zugänglicher Daten immer wieder auf Steigerung der Soziallast gedrängt werden mag.

Im Vergleich zu den exorbitanten Beträgen, über die der Fiskus aus dem Ertrage der deutschen produktionen Arbeit verfügt, ist die Belastung unserer ausländischen Konkurrenz minimal. Wollen wir uns also nicht aus purer Arbeiterfreundlichkeit vom Weltmarkt verdrängen lassen, so haben wir sicherlich alle Ursache, unserem sozialen Eifer Zügel anzulegen. Wir stehen vor den Reichstagswahlen. Die Pflicht der Selbsterhaltung wird für die industriellen Kreise zum kategorischen Imperativ der Abwehr gegen alle sozialen Dränger werden müssen, wenn bei der sozialpolitischen Wetterfahnenpolitik der Regierung der nationalen Arbeit nicht schwerer Schaden zugefügt werden soll.

Diese Berechnung ist ein echt kapitalistisches Taschenspielerstück. Es klingt ja auf den ersten Blick wunder wie großartig, wenn man best, wie viel die Herren Aktionäre in ihrer Alldürftigkeit für soziale und öffentliche Zwecke verausgaben: für Steuern rund 820.000 Mk. und für Arbeiterzwecke 1.146.000 Mk. Leider hat der Artikelreiber hierbei vergessen, daß diese rund 2 Millionen Mark gar nicht von den Aktionären erarbeitet, sondern den Arbeitern aus den Knochen herausgeschunden worden sind. Die Arbeiter haben mit ihren schweißigen Händen diese 2 Millionen der Erde abgerungen und den Aktionären, diesen notorischen Nichtsthunern, noch obendrein ca. 5 Millionen Mark in den Schoß geworfen. Die handvoll Aktionäre beziehen für ihr Kuponabschneiden eine Dividende von 10 Proz. — wahrlich ein ganz anständiger Entbehrungslohn! — und die Löhne der Arbeiter sind um 6 1/2 Proz. gefallen. Und da wagt ein solch kapitalistischer Tintenkuli noch die feivole Behauptung aufzustellen, daß wir alle Ursache hätten, unserem sozialen Eifer Zügel anzulegen.

Das Gespöck von dem Schutze der nationalen Arbeit klingt im Munde der Unternehmer wie der reine Hohn, und es wäre viel richtiger, wenn sie von dem Schutze ihres Geldheutels sprächen. Denn das ist der Punkt, um den es sich dreht. Die Ausgaben für staatliche und kommunale Zwecke führen sie ins Feld, trotzdem sie eigentlich wissen sollten, daß der staatliche und kommunale Apparat zum größten Teile kapitalistischen Zwecken dient. Oder wenn anders dienen Heer und Marine, Gericht und Polizei, Kirche und Schule, als den Interessen des Geldheutes? In allererster Linie hat das Kapital Vorthiel von diesen Einrichtungen, und die Ritter vom geschwollenen Geldsack sollten sich eigentlich schämen, auch nur ein Wort über die Summe zu verlieren, die sie — aus dem Schwelge der Arbeiter — an Staat und Gemeinde bezahlen müssen! Am liebsten möchten sie auch diese Steuern nach den Schultern des Arbeiters aufbürden. Und was die Soziallasten anbelangt, so wirft es ein eigenartiges Licht auf die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer, daß sie dem Arbeiter noch die verhältnismäßig geringe Summe vorhalten, die er bekommt, wenn er sich im Dienste des Kapitals abgerackert und abgeschunden hat. Daß diese Herren es noch wagen, an den Beiträgen zu mädeln, die für kranke, invalide und altersschwache Arbeiter aufgewendet werden, zeugt von einer Gemüthsrohheit ungewöhnlicher Art. Warum begnügen sie sich nicht mit einer geringen Dividende, wenn sie befürchten, daß ihr Unternehmen nicht konkurrenzfähig bleiben werde? Darum mögen sie uns zunächst Antwort geben.

Bekanntlich hat der deutsche Kaiser unlängst an den Hand eines Berichtes, der das Streben der französischen Unternehmer gegen sozialpolitische Maßnahmen befragte, die Worte geschrieben: „Wichtig, und das überall!“ Der Kaiser scheint seine Kappenmeister und deren Opferwilligkeit zu kennen. Bei den demnächst bevorstehenden Reichstagswahlen werden auch die deutschen Arbeiter über diese Leute ein vernichtendes Urtheil sprechen.

## Rentabilität der Großindustrie im Jahre 1902.

Daß der Geschäftsgang während des Jahres 1902 die Rentabilität der gewerblichen Unternehmungen noch weiter herabdrücken mußte, ist schon im Jahre 1901 der Fall war, ging schon aus den in den vorerwähnten Nachrichten über die Ertragsverhältnisse gewerblicher Unternehmen hervorgehenden Rentabilitätsberechnung in dem soeben erschienenen 3. Jahrgang von Calwer's „Handel und Wandel in Deutschland“ (Jena, Gustav Fischer) vorliegt, zeigt sich, daß der Durchschnitt der Rentabilität der großen Unternehmungen, gemessen an den Dividenden der Aktiengesellschaften, von 7,98 Proz. im Jahre 1901 auf 6,69 Proz. im Jahre 1902 gefallen ist. Die Abnahme beträgt 1,29 Proz. und ist damit weit geringer als der Rückgang, der dem abnorme günstigen Jahre 1900 folgte. Gegenüber diesem Jahre betrug 1901 der Rückgang nicht weniger als 5,03 Proz. Auch im Jahre 1902 haben einzelne Industriezweige noch ganz ausnahmsweise gut abgeschnitten, so von allem die Porzellan- und Glasindustrie, bei der die Rentabilität von 12,93 Proz. im Jahre 1901 auf 12,98 Proz. im Jahre 1902 stieg. Die chemische Industrie zeigt zwar einen Rückgang, aber nur von 0,4 Proz. Wofür betrachtet ist die Dividendenziffer noch immer so hoch, daß von einer Einwirkung der Krise nicht gesprochen werden kann. Sie betrug nämlich 1902 10,39 Proz. Einen starken Rückgang zeigt die Rentabilität der Berg- und Hüttenwerke. Wenn es trotzdem gelang, bei den zweifellos schlechten Markterhältnissen im Jahre 1902 die durchschnittliche Dividende noch auf einer Höhe zu erhalten, die neben der Verzinsung einer reichlichen Unternehmungsgewinn läßt, so ist dies zum guten Teil auf die Wirksamkeit der Kohlen-, Kalk- und Hoheisensyndikate zurückzuführen. Die Rentabilität betrug im Bergbau und in der Hüttenindustrie 7,73 Prozent gegen 9,66 Prozent im Jahre 1901. Etwas stärker noch als im Bergbau ist in der Zuckerindustrie die Gewinnziffer zurückgegangen. Sie fiel von 10,88 auf 7,64 Prozent. Auch die Dividende der Brauereien, Brennereien und Mälzereien ist zurückgegangen und zwar von 9,40 auf 8,86 Prozent. Die bisher aufgeführten Industriezweige stehen alle über dem Durchschnittssatz. Unter den Gewerben, deren Rentabilität hinter dem Durchschnitt von 6,69 Prozent zurückbleibt, befinden sich auch solche, wo die niedrige Gewinnziffer insofern eine günstige Beurteilung verdient, als sie gegenüber dem Jahre 1901 wieder gestiegen ist. Das gilt namentlich vom Textilgewerbe, wo die Dividendenziffer von 2,91 Prozent im Jahre 1901 auf 4,69 Prozent im Jahre 1902 sich erhöhte. Auch die Metallindustrie zeigt einen kleinen Anstieg zur Besserung, insofern die durchschnittliche Dividende um 0,7 Prozent zunahm. Dagegen ist in der Maschinen- und Metallindustrie die Rentabilität weiter gefallen. Im Maschinengewerbe fiel die Dividendenziffer von 6,13 auf 4,77, in der Elektrizitätsindustrie von 5,92 auf 4,13 Prozent. Das Zementgewerbe litt auch 1902 noch immer unter der Ueberproduktion und gegenseitigen Preisunterbietungen, so daß der weitere Rückgang der Rentabilität von 5,24 auf 4,51 Prozent noch als erträglich zu bezeichnen ist. In der Papierindustrie sank die Dividende von 8,76 auf 6,66 Prozent. Den Tiefstand der Rentabilität finden wir aber, wie schon im Vorjahre, in der Mülerei. Auch der Grad des Rückganges im Jahre 1902 ist hier wiederum ganz beträchtlich gewesen. Während die Mülerei 1900 noch mit 5,29 Prozent rentierte, sank die Rentabilität im Jahre 1901 schon auf 3,9 Prozent und ging 1902 vollends bis auf 1,47 Prozent herunter.

(Der Arbeitsmarkt.)

## Wirtschaftliche Rundschau.

Wesentliche günstigere Berichte: vermehrter Eisenbahnverkehr und Kohlenbedarf — außerordentlich hohe Hoheisenerzeugung, aber schwache Preise, Vergleich mit der Krise des Jahres — Der Geldmarkt. — Englische Staats- und deutsche Reichsanleihe.

Die günstigsten Berichte aus der Produktion bleiben der Eisenbahnverkehr und der Kohlenbedarf — außerordentlich hohe Hoheisenerzeugung, aber schwache Preise, Vergleich mit der Krise des Jahres — Der Geldmarkt. — Englische Staats- und deutsche Reichsanleihe.

Die günstigsten Berichte aus der Produktion bleiben der Eisenbahnverkehr und der Kohlenbedarf — außerordentlich hohe Hoheisenerzeugung, aber schwache Preise, Vergleich mit der Krise des Jahres — Der Geldmarkt. — Englische Staats- und deutsche Reichsanleihe.

Wesentliche günstigere Berichte: vermehrter Eisenbahnverkehr und Kohlenbedarf — außerordentlich hohe Hoheisenerzeugung, aber schwache Preise, Vergleich mit der Krise des Jahres — Der Geldmarkt. — Englische Staats- und deutsche Reichsanleihe.

billigeter Waare mehr fürchten und eine Besserung ihres Absatzes hoffen.

Überdies ruhen noch immer viele dieser günstigen Erscheinungen auf recht vorübergehenden Ursachen, so daß auch der Rückgang sehr wohl wiederkehren kann. Um meiste gilt dies nach wie vor von der Hoheisenproduktion. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Hoheisenproduktion des Deutschen Reiches (einschließlich Luxemburgs) im Monat Februar 1903 auf 784.269 Tonnen, darunter Gießereierzeugnisse 181.121 Tonnen, Hoheisenrohblech 25.198 Tonnen, Tomastohleisen 444.780 Tonnen, Stahl- und Spießeisen 60.009 Tonnen und Röhrenblech 73.180 Tonnen. Die Produktion im Januar 1903 betrug 782.484 Tonnen, im Februar 1902 597.334 Tonnen. Vom 1. Januar bis Ende Februar 1903 wurden produziert 1.548.743 Tonnen gegen 1.254.022 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mit dieser Besserung der Produktion verbunden ist eine entsprechende Besserung der Preise des Monats Februar, so haben die produktionsreichen Monate des Jahres 1902, des Monats Februar aus der Aufschwungszeit, die jetzige Lähmung nicht erreicht. Wir haben aber ebenso oft darauf hingewiesen, daß diese ganze Besserung auf der Expansion der Nachfrage, in erster Linie auf der Nachfrage der Vereinigten Staaten fußt. Gerade deshalb sind es die Hoheisen Rheinlands-Hoheisen- und besonders des Siegerlandes, denen Luft verschafft wird, während anderen Bezirken viel weniger durch Ausfuhr erleichtert werden kann, so daß sie auch von der Aufschwungsperiode weniger verspüren. In Amerika geht man jedoch dem Maximumpunkt der Konjunktur für Hoheisen, die Eisenwerke des Südens haben, vorwiegend zur Befriedigung der deutschen Zufuhr, an der Quartalsenden die Preise herabgesetzt.

Daß die heutige Produktionsvermehrung zunächst noch eine ganz andere wie die einer wirklichen Aufschwungszeit ist, spricht sich deutlich genug in den Preisen aus. Die Hoheisenpreise sind seit dem Januar und Februar noch im Weichen geblieben, aber sie haben doch über das vorangegangene niedrige Niveau nicht hinausgehenden Zuwachs. Wie sehr jedoch das letztjährige Niveau tiefer liegt als in den guten Jahren 1896—1900, mögen die Jahresdurchschnitte (in Mark für 1 Tonne = 1000 Kilogramm) beweisen:

	1890	1894	1898	1900	1901	1902	1903
Breslau ab Werk, Hoheisen	74,4	50,8	59,6	90,7	65,5	61,3	60,0
Dortmund ab Werk, Hoheisen	70,0	45,6	58,0	74,2	59,8	58,0	
Düsseldorf ab Werk, Hoheisen	61,9	45,2	57,0	78,0	57,0	56,0	
Bestes deutsches Hoheisen	77,5	45,2	58,9	88,9	69,4	66,0	
Bestes deutsches Hoheisen	88,8	62,7	67,3	101,4	70,9	65,2	

Diese bisher noch unerschütterliche Schwäche der Preise bleibt für die ganze Lage charakteristisch. Freilich unterscheidet sich die jetzige Krisenzeit ganz wesentlich von dem etwa entsprechenden Krisenjahr 1896; nicht nur ist der Produktionsumfang unvergleichlich günstiger und der Erzeugungsabfluß viel milder geblieben, sondern auch die Preise sind noch lange nicht auf die Tiefe von 1894 gesunken. Man könnte vermuten, daß das nur ein Privileg der gutorganisierten Hoheisenindustrie ist. Aber es trifft, wenn auch mit Abweichungen im Einzelnen, für die Erzeugnisse der weiterverarbeitenden Eisenwerke gleichfalls zu. Die von Dr. Knaack für den Bezirk der Eisen- und Stahlindustrie bis 1902 fortgeführte Preisstatistik ergibt hier (Mark pro 1 Tonne ab Werk):

	1890	1894	1900	1901	1902
Stabeisen	187	95	215	130	100
Walzdraht	180	98	185	150	125
Bandagen	275	190	210	200	195
Wagenachsen	280	180	190	180	180
Stahlblech	205	120	200	180	180
Stahlschienen	160	111	130	125	—
Ordn. Stange	160	115	150	145	120
Eis. Träger, Saar	150	86	117	116	98
Rechter Maschinenstahl	240	190	260	245	225
Schwerer Maschinenstahl	170	170	210	200	210

Was bei den Wagenachsen finden wir also 1902 den Preisstand von 1894 erreicht, sonst sind die Preise durchgehends höhere, zum Teil sogar beträchtlich höhere. Die allgemeine Eigenart der letzten Krise, ferner die besondere Wirksamkeit der Syndikate, tritt in diesen Zahlen sehr greifbar hervor.

Wichtigere Einzelerscheinungen sind für die letzten Wochen kaum zu verzeichnen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde überall die internationale Lage des Geldmarktes verfolgt. Dies hielt die Spannung in New York an, sie vermehrte sich zusehends in London, während der Kontinent wenig mehr als die gewöhnlichen Quantitätsschwächen verzeichnete.

Die New Yorker Banken haben sich stark an Europa verschrieben; viele europäische Papiere, vor allem englische Konfals, sind wieder über den Ocean zurückgewandert; auch der Währungs- und Devisenmarkt gegenüber hat man die Arbitrage eingeleitet. Das Alles hat jedoch kein festes Vertrauen zur Folge. Jeder geringe Geldbedarf, jede nicht exaktliche Nachfrage macht die Geschäftswelt nervös.

In England war die Spannung zu einer seltenen Höhe angewachsen, doch scheint nunmehr eine gewisse Beruhigung eingetreten zu sein. Die Finanzmaßnahmen, die wirtschaftlichen Anordnungen im Hinblick auf den englischen Kapitalmarkt, sind in der letzten Zeit in Anspruch genommen und festgelegt. Trotz der Verzögerung aller Reservquellen, trotz der Anleihe besonders seitens der britischen Finanz, ist es in London der 1. Februar 1903 der höchste Stand der Zinsen, während die deutsche Reichsanleihe schon vor Wochen zu einer Ermäßigung (streiter Konten). Außerdem hoher Zinssatz spricht sich jedoch nicht in einer niedrigeren Bewertung der letzten Rentenpapiere aus. In Zusammenhang damit, aber auch wegen der amerikanischen Bedenken und wegen der ziemlich gedrückten, politischen Stimmung sind die englischen Konfals auf eine fast unerhörte Niedrigkeit herabgegangen. Dasselbe Papier, das 1896/97 bis auf 115/8 vorkam, stand 1901, zur Zeit der furchtbaren Finanzkrise, auf 91, um dann abermals bis auf 90/8 herabsinken; es fiel in der letzten Währungsperiode bis auf 80, so daß man bis zum deutsch-französischen Krieg zurückgehen muß, um eine geringere Bewertung (80/8) zu finden. Das ist für die britische Politik um so empfindlicher, als eine neue große Finanzanleihe bevorsteht und unter solchen Umständen kaum zu günstigen Reaktionen unterbreitbar sein wird.

Ungeachtet kommt die neue spanische deutsche Reichsanleihe im Ertrage von 200 Mill. Mark zu keiner ungewöhnlichen Zeit auf den Markt — wenn es natürlich auch besser wäre, das Reich überhaupt keine Schulden zu machen. Auch die kurze des 3-proz. Reichsanleihe (die erste

Um ein schematisches Beispiel zu wählen: bei einer allgemeinen gültigen Verzinsungsnorm von 3 Proz. wird ein Papier, das 2 Mill. jährlich einträgt, gleich 100 Mill. Kapital geschätzt werden. Bei einer Norm von 4 Proz. rechnet man erst den Ertrag von 4 Mill. gleich 100, von 2 Mill. also nur noch gleich 50.

ausgabe erfolgte 1890) haben selbstverständlich stark geschwankt: sie gingen herab, wenn man in Aktien, Hypotheken und anderen Anlageformen einen höheren Zins erlangen konnte; sie stiegen, wenn man bei der allgemeinen Wirtschaftslage froh war, den Zinsfuß bei uns unter der rückgängigen Konjunktur schon lange Zeit beschneiden geworden ist, so ist der Zinssatz relativ hoch und die heutige Kasse also zu besseren Bedingungen unterzubringen. Die Proq. Reichsanleihen standen nämlich am 31. Dezember:

1890:	87,—
1891:	85,25
1892:	86,25
1893:	86,10
1894:	85,75
1895:	89,60
1896:	89,—
1897:	97,80
1898:	94,30
1899:	88,70
1900:	87,80
1901:	90,50
1902:	91,70

Die Auflegung am 17. April soll zum Kurse von 92 erfolgen, was dem sogenannten „großen Preußenkonjunktium“ noch immer einen hübschen Profit lassen wird, da zur Zeit des Abschlusses zwischen Regierung und Bankern der Kurs auf 92 1/2 stand.

Berlin, 5. April 1903.

Max Schippel.

## Soziale Rundschau.

Der Bauarbeiter-Schutzkongress nahm folgende Resolutionen an:

1. Die Ausführung der Kongressbeschlüsse und Erledigung aller mit der Förderung des Bauarbeiterschutzes zusammenhängenden Aufgaben ist Sache der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz in Hamburg. Die Wahl derselben haben die Zentralverbände derjenigen Verbände vorzunehmen, welche an der Bauarbeiterschütz-Bewegung teilgenommen sind.

2. Zur Unterstützung der Zentralkommission sind die örtlichen Zweigvereine (Filialen, Zahlstellen) der baugewerblichen Verbände verpflichtet, und sind zu diesem Zweck Lokalkommissionen für Bauarbeiterschutz einzusetzen.

3. Sofern für einen Bundesstaat resp. für einen größeren Landesheil im Interesse des Bauarbeiterschutzes gemeinsame Aktionen sich notwendig machen, dann sind zur Leitung derselben von der Zentralkommission, in Verbindung mit den für den betreffenden Bezirk in Betracht kommenden Agitationskommissionen resp. Bauvorständen der Verbände, die entsprechenden Einrichtungen zu treffen.

4. Für die Bauarbeiterschütz-Bewegung werden besondere Beiträge nicht erhoben. Die Unkosten der Zentralkommission sind auf die beteiligten Verbände im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl umzulegen, die Unkosten der Lokalkommissionen haben die an denselben teilnehmenden Zweigvereine resp. Zahlstellen aus ihren Lokalkassen zu bestreiten.

5. Aufwendungen für gemeinsame Aktionen (Ziffer 3) werden aus den Mitteln der Zentralkommission gedeckt. Ausgenommen hiervon sind die Delegationskosten zu etwaigen Konferenzen, welche von Denjenigen zu zahlen sind, die die Delegation entsenden.

Angenommen ward weiter folgende von Paepow, Bringmann, Knoll beantragte Resolution:

„Unbeschadet der prinzipiellen Forderung der deutschen Bauarbeiterschaft, daß die Reichs-Gesetzgebung für den ausreichenden Bauarbeiterschutz Sorge zu tragen hat, verpflichtet der zweite Bauarbeiterschütz-Kongress die Bauarbeiter aller Branchen, die Selbsthilfe kräftigst zu gebrauchen. Der Kongress ersucht die in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen, ihre Mitglieder dazu anzuhalten, daß die Befestigung aller Mißstände ganz energisch betrieben wird.“

Ferner ward eine von Mark, Wentler, Lint (Maler) beantragte Resolution angenommen, wonach der Kongress die Forderung: „Verbot der Verwendung aller bleiblichen Farben“, zu der seinigen macht, des Ferneren ein Antrag des Verbandes der Steinleger, Pflasterer und verwandten Berufsgenossen, welcher die Ausdehnung des sanitären Schutzes im Baugewerbe auf die Arbeiter des Straßenbaues verlangt.

Die Vereinigten Gummiwaren-Fabriken Harburg-Wien haben die Ausführung eines neuen, größeren Fabrikgebäudes beschlossen, in dem die Herstellung eines vollständig neuen Erzeugnisses aus dem Kaseinstoff der Wagemilch (Casein) nach den von der Gesellschaft erworbenen Patenten unter der Bezeichnung „Galalith“ in größerem Maßstab betrieben werden soll. Galalith soll gegenüber vielen anderen Stoffen die bedeutenden Vorzüge haben, daß es durchaus geruchlos und nicht brennbar ist. Es sollen daraus Nachahmungen von Horn, Hartgummi, Eisenblei, Bernstein u. hergestellt werden. Die Gesellschaft hat bereits seit längerer Zeit sowohl in ihrem österreichischen wie in ihrem Hamburger Werk eine kleinere Herstellung von Galalith probeweise eingerichtet und betrieben, und nachdem sie günstige Ergebnisse erzielt hat, ist sie an die Einrichtung einer größeren Herstellung herangetreten.

Eine Preissteigerung haben die Berliner Fabrikanten in der Beleuchtungsbranche, wie die „Eisen-Zeitung“ berichtet, am 4. April beschlossen. Die Erhöhung soll wegen der Preissteigerung sämtlicher Rohmaterialien 7 1/2 Proz. betragen und am 10. April in Kraft treten. Diesem Vorgehen der maßgebenden Firmen Berlins haben sich bereits die meisten auswärtigen Firmen angeschlossen.

Die Provinzial-Fuersicherung Steinfurth erzielte bei 400 000 Mk. Abschreibungen einen Reingewinn von 1 400 970 Mk., der folgende Verwendung findet:

73 100 Mk. dem Unterstützungskonto, das damit auf 400 000 Mk. anwächst, 147 460 Mk. Lantien an Aufsichtsrath und Direktion, 75 000 Mk. Gratifikationen an Beamte und Arbeiter, 1 080 000 Mk. als 30prozentige Dividende auf 3 600 000 Mk. Aktienkapital und 25 410 Mk. als Vortrag auf neue Rechnung. Die Rücklagen betragen 1 360 000 Mk.

Die Zunderaffinerie Braunschweig vereinnahmte im Ganzen 520 900 Mk. und hatte 337 990 Mk. Betriebs- und Geschäftsaufwendungen, jedoch nach 71 290 Mk. Abschreibungen ein Gewinn von 111 620 Mark auf 1 560 000 Mk. Aktienkapital verbleibt. Die Rücklagen betragen 205 580 Mk.

## Vom sozialen Kampfplage.

In der Chemischen Fabrik von Mendel, Heiligensee bei Hennigsdorf, wurden 14 Kollegen gemahregelt, weil sie nicht als Streikbrecher gelten wollten in Zegel, wo die Arbeiter Bohnforderungen gestellt haben. Ebenfalls drohen in der Falzgießerei-Fabrik, Inhaber A. Burg, wegen Verbandszugehörigkeit Differenzen auszubrechen.

Die Ziegeleibitzer in Freienwalde wollen von einer scheidlich-friedlichen Verständigung mit ihren Arbeitern nichts wissen. In Nummer 7 des „Proletarier“ gaben wir das Schreiben bekannt, das von der Mehrzahl der Arbeiter unterschrieben worden war. Nur die Mitglieder des „Bonifazius-Vereins“ hatten sich geweigert, ihre Unterschrift zu geben. Der Grund ihrer Weigerung ist ihnen wohl selbst ein Räthsel, denn eine Lohnerrhöhung möchten sie nicht mehr als gerne auch für sich haben. Jedermann, der das Schreiben der Arbeiter in legaler anständiger Form ihre Wünsche den Unternehmern vortrug, daß ihre Wünsche keine hochgeschraubten waren, und daß die Arbeiter jeder Zeit bereit waren, über dieselben mit den Besitzern sich zu verständigen in gegenseitiger Verhandlung. Trotz des geradezu bescheidenen Vorgehens der Arbeiter konnten es sich die Unternehmer nicht verkneifen, nach echter Unternehmermanier gegen die Arbeiter vorzugehen. Strategie scheint dabei der Leiter des „Mannwerks“, der es bis zur Charge des Leutnants gebracht hat, zu sein. Mindestens war es dieser Herr, der alsbald 19 Arbeitern, die auf Werkwohnungen wohnen, die Miethsverträge kündigte. Andere Ziegeleibitzer schritten zur sofortigen Entlassung. Man fragt sich erstaunt, warum ein solches Vorgehen? Sind die Forderungen übertrieben? Diese Frage muß man verneinen! Oder ist die Lage der Ziegeleien so ungünstig, daß sie nur mit der ungenügendsten Bezahlung konkurrenzfähig bleiben können? Auch auf letztere Frage kann nur mit Nein geantwortet werden. Wie der Jahresbericht der Handelskammer für Berlin ausführt, kam die im Jahre 1902 gewesene günstige Lage des Baumarcktes auch den Ziegeleien zu gute. Es heißt im Handelskammerbericht:

„Der Umsatz in Hintermauerungssteinen erhöhte sich gegen das Vorjahr, und die Preise bewegten sich während des ganzen Jahres in langsam aufsteigender Richtung. Diese Steigerung bezifferte sich auf 4 Mk. für das Tausend und setzte sich nach Schluß der Schiffsahrt, der schon Mitte November 1902 erfolgte, weiter fort. Eine wesentliche Ursache dieser außergewöhnlichen Preissteigerung liegt darin, daß die Ziegeleien, denen theils durch die Syndikatsbedingungen des Zentral-Verkaufs-Kontors, theils durch die sehr ungünstige Bitterung im Sommer eine erhebliche Produktionsbeschränkung auferlegt worden war, dem Ansturm einer ungewohnt lebhaften Bauthätigkeit wohl Genüge leisten konnten, aber nicht in die Lage kamen, irgendwie nennenswerthe Vorräthe aufzuspeichern.“

Inzwischen hat sich die Marktlage der Steine nicht verschlechtert, wohl eher gebessert. Der Berliner Plag spielt für die Ziegeleien im Oberbruch eine bedeutsame Rolle. Die Ziegeleibitzer können die bräutliche Ablehnung der Arbeiterforderungen mit der ungünstigen Lage ihrer Betriebe nicht entschuldigen. Wenn sie trotzdem auf die Eingaben der Arbeiter nur mit Brotlosmachung und Kündigen der Wohnung antworten, so beweisen sie damit, daß sie nicht am den Ruhm geizen, in der Öffentlichkeit als humane Arbeitgeber zu gelten. Die Arbeiter sind gezwungen, den Kampf, den sie vermeiden wollten, aufzunehmen. Die Organisation steht hinter ihnen! Sie wird den Unternehmern den Beweis liefern, daß es auch für sie von Nachtheil sein kann, wenn alle Differenzen auf die Spitze getrieben werden.

In Apertade stehen 71 Kollegen im Streik. In Binneberg, Kassel und Calbe a. d. S. sind Kollegen im Streik getreten. Am letzten Orte haben die Ziegeleien Götter und Giller für je tausend Steine 1 Pfennig abgezogen. Die Kollegen wurden vorstellig bei den Unternehmern, aber ohne Erfolg. Auch eine gewählte Kommission erzielte eine Zurücknahme der Lohnreduzierung nicht. Daher traten die in beiden Ziegeleien in der Zahl von 31 beschäftigten Arbeiter in den Streik.

Nachdem dieser drei Tage gedauert, wurde nochmals eine Verhandlung angebahnt und kam eine Einigung zu Stande. Es wurde eine Zulage pro Tausend von 1/2 Pfennig zugestanden, womit die Arbeiter beider Firmen sich einverstanden erklärten.

Der Streik der Handwerker und Hilfsarbeiter auf der Reflektierwerke von Schäffer in Schwäbisch Gmünd ist am 6. April beendet worden. Sämtliche Arbeiter erhalten sofort eine Zulage von 1 Pf. pro Stunde, ein zweiter Pfennig mehr wird am 1. Mai bewilligt,

der dritte Pfennig am 1. Juni. Der Ausschlag von 25 Prozent für Ueberstunden, die wöchentliche Lohnzahlung und Einrichtung einer Frühstücksbude sind sofort zugestanden.

In Magdeburg haben die bei der Firma Rührmeier, Dachpappenfabrik, beschäftigten Kollegen die ihnen zugemuthete Lohnreduzierung abgelehnt.

Die Lohnbewegung der bei der Firma Drenth u. Sudhop, Braunschweig, beschäftigten Zementarbeiter ging nicht so glatt von statten, wie wir in Nummer 7 des „Proletarier“ mittheilten hatten. Die Firma weigerte sich nämlich, die zugesagte Lohnerrhöhung allen Kollegen zu gewähren, sie wollte einen Unterschied in der Bezahlung machen. Die Zulage, von der die Fiede in voriger Nummer war, sollten nur Einige erhalten, die Mehrzahl der Kollegen sollte leer ausgehen. Mit dieser ungleichmäßigen Bezahlung wäre der Samen der Zwietracht unter die Kollegen gekommen. Einmüthig erklärten sich die Kollegen gegen dies Gebahren. Eine Versammlung der Zementarbeiter nahm am Sonntag, den 5. April, Stellung zu der Angelegenheit und beauftragte die Bevollmächtigten zu einer nochmaligen Verhandlung. Diese hatte das Ergebnis, daß die Firma eine Erhöhung von 2 Pf. pro Stunde bewilligte, für Arbeiten außerhalb 3 Pf., und zwar für alle Arbeiter.

Ein neuer Gewaltakt liegt in der Aussperrung von ca. 6000 Arbeitern der Schuhbranche, welche in Firmensinn vorgenommen wurde. Bei der Firma Haage u. Niemanns bestehen seit einiger Zeit Differenzen, weil die Arbeiter einige Artikel nicht den im Dezember vorigen Jahres abgesehenen Lohn bezahlten. Da trotz wiederholter Vorhaltungen der Arbeiter die Firma sich nicht herbeiließ, den vereinbarten Lohn zu zahlen, auch jeden Einigungsversuch, welchen die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher unternahm, gar nicht an, haben sämtliche Zwickler die Kündigung eingereicht. Dieselbe war am 4. April abgegangen. Der Fabrikantenverein, welcher schon sehr häufig und bei jeder Gelegenheit mit einer Aussperrung drohte, ist natürlich der Ansicht, daß die Arbeiter, wenn sie sich gegen Lohnreduzierungen wehren, im Unrecht sind, und hat deshalb beschloffen, sämtliche Arbeiter auszusperrern. Durch diesen Beschluß der Fabrikanten soll eine der schlimmsten Vergewaltigungen der Arbeiter herbeigeführt werden. Die Arbeiter sollen nicht mehr das Recht haben, sich mit Hilfe ihrer Organisation vor Lohnreduzierungen zu schützen, ob die Arbeiter nun der freien Gewerkschaft, dem Verein deutscher Schuhmacher oder der christlichen Organisation angeschlossen, ist gleich. Hier sperren christliche Fabrikanten ihre Arbeiter, welche der christlichen Organisation angehören, ebenfalls aus.

## Aus den Organisationen.

Das Zentral-Arbeitersekretariat, dessen Errichtung der vorjährige Gewerkschaftskongress beschlossen hat, ist, wie das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften bekannt giebt, am 1. April in vollem Umfange in Thätigkeit getreten. Das Sekretariat hat nach dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses die Aufgabe, die in den Mitgliedern der Gewerkschaften beim Reichs-Versicherungsamt anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und in der Verhandlung mündlich zu vertreten.

Da das Institut durch die Gewerkschaften geschaffen ist und durch sie unterhalten wird, so erstreckt sich seine Wirksamkeit nur auf die Angehörigen dieser Organisationen. Die Grenze soll aber, wie in der Bekanntmachung gelagt wird, nicht mit großer Strenge beachtet werden, vor Allem nicht gegenüber den ländlichen Arbeitern. Als weitere Aufgabe des Sekretariats wird es betrachtet, bei den Wahlen zu den Arbeitervertretungen, die auf Grund des Unfallversicherungs- und des Invalidengesetzes vorgelesen sind, den Gewerkschaften helfend zur Seite zu stehen und die Vorbereitungen der Wahlen zu übernehmen.

Das Bureau des Zentral-Arbeitersekretariats ist: Berlin SO., Engel-Platz 15, IV. Dahin sind alle Zuschriften an den Sekretär Robert Schmidt zu richten.

Eine Arbeitslosenstatistik der Köpfer Deutschlands hatte zu dem Zwecke, eine thätigkeitsmäßige Grundlage für die eventuelle Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu erlangen, in der Zeit vom 1. Oktober 1901 bis 1. Oktober 1902 der Zentralverband der Köpfer Deutschlands vorgenommen, nachdem die letzte Generalversammlung in Magdeburg die beantragte Anzugs-, Kranken- und Sterbeunterstützung genehmigt, die Arbeitslosenunterstützung aber, als in ihrer Durchführbarkeit nicht genügend begründet, abgelehnt. Das Resultat der Erhebungen, die dadurch gemacht sind, daß jedes Verbandsmitglied eine zu Eintragungen bestimmte Tabelle in sein Mitgliedsbuch erhielt, liegt jetzt vor. Es haben sich von 7535 Mitgliedern 68 Prozent, d. h. 5106 Mitglieder betheiligt. Arbeitslos sind von diesen 2732 gewesen, also 63,5 Prozent. Im Einzelnen waren eine Woche 390, zwei Wochen 306, drei Wochen 227, vier Wochen 257, fünf Wochen 248, sechs Wochen 204, sieben Wochen 241 und über sieben Wochen 933 arbeitslos. Auf die jetzige Mitgliederzahl von 9172 Mitglieder berechnet, wären, bei einer Karenzzeit von einer Woche, noch 18 566 Wochen oder 118 196 Tage zu unterstützen. Bei der Annahme einer täglichen Unterstützung mit einer Mark auf die Dauer von sechs Wochen würde ein Mehrauftrag von 90 Pf. pro Tag nötig sein, d. h. die Beiträge müßten 60, 70 und 80 Pf. betragen. Der Zentralverband schlägt danach die Arbeitslosenunterstützung als möglich vor. Die Einführung kann nur durch Ueberschneidung möglich gemacht werden. Diese soll, nachdem sich die einzelnen Zweigvereine und Filialen in Deutschland geäußert haben, nach der diesjährigen Generalversammlung, die am 2. Juni und folgende Tage in Weifen stattfindet, erfolgen.

## Von der Mattation.

Im Monat März hielt Unterzeichnete im Auftrage des Bundes 5 in einigen Orten Versammlungen ab.

In Raumburg war die Versammlung nur mäßig besucht, so daß nur eine Privatbesprechung gepflogen wurde. Die Arbeitsverhältnisse, sowie die Lebenshaltung der dortigen Arbeiter sind die denkbar schlechtesten. Zum größten Theile sind die Raumburger Arbeiter in der Kaiser-Zement- und Kalkwerkungs-Fabrik beschäftigt. Der Zustand hier ist die Lohnhöhe eines dort früher beschäftigten Arbeiters. Der Arbeitstagn betrug für 6 Tage 3,35 Mk., abzüglich 20 Pf. für die Krankenkasse, 12 Pf. für die Familien- und Altersversicherung und 3 Pf. in die Sparkasse, so daß der Familienvater mit 9 Mk. abblieben mußte. Die übrigen Arbeiter anderer Betriebe klagten ebenfalls über miserablen Verdienst und schlechte Behandlung. Das Raumburger Kreisblatt schrieb, daß in den letzten zehn Jahren die Löhne enorm gesunken seien, während die Lebensmittelpreise in gleicher Höhe geblieben wären; aber jeder freien die Arbeiter so sehr anpruchsvoll geworden. Man beachte oben genannten Wohnverhältnisse, so ist ein Kommentar zu den Anstellungen des Staates wohl überflüssig.

In Halle a. S. tagten zwei gut besuchte Versammlungen. Hier werden noch, kaum sollte man es für möglich halten, Frauen mit dem Wasen und Auslöcher der Straßenlaternen beschäftigt. Vor zirka zwei Jahren ist eine der hierbei beschäftigten Frauen einem Stillschreitverbrechen zum Opfer gefallen. Ob der Magistrat wohl Frauen aus Sparsamkeitsrücksichten beschäftigt? Oder sollten keine Männer dafür zu haben sein?

In Weichenfels erfreute sich die Versammlung eines zahlreicheren Besuches. Besonders waren die Arbeiter und Arbeiterinnen der dortigen Papierfabrik stark vertreten. Diese modernen Lohnsklaven, besonders die weiblichen, haben bei schwerer Arbeit nur allzu geringen Verdienst. Es gelang, ca. 20 der dort beschäftigten Arbeiter dem Verbande zuzuführen.

In Osmünde, einem ländlichen Orte in der Nähe von Halle, waren die Arbeiter und eine große Anzahl Frauen zusammengelassen und lauschten gespannt den Ausführungen.

Das Thema in allen Versammlungen lautete: „Die Aufgaben der modernen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert“. Eine stattliche Anzahl neuer Mitglieder wurden für den Verband gewonnen. Wägen dieselben, gleich wie die alten bereits im Kampf erprobten Mitglieder, muthig und hoffnungsfreudig für ihre eigenen Interessen sowie für die Allgemeinheit eintreten. W. Käpfer.

## Korrespondenzen.

**Adlerhof.** Am Sonnabend, den 4. April, tagte eine öffentliche Versammlung in Grünau. Kollege Bennenwig referierte über die Arbeitsverhältnisse auf der chemischen Fabrik von Randshof u. Meyer. Besonders tabelte der Redner die lange Arbeitszeit, welche um 6 Uhr Morgens beginnt und öfter bis Abends 8, ja 10 Uhr dauert. Sonnabends dauert die Nachtschicht von 6 Uhr Abends bis zum Sonntag 3 und 5 Uhr. Es kommen Löhne von 22—27 Pf. die Stunde vor. Die Arbeitsbedingungen entsprechen den zu machenden Anforderungen durchaus nicht. Ein besonderes Kapitel der Kritik und Klagen bildeten die Strafzettel. Diese sind in vielen Fällen und in außerordentlicher Höhe vorgesehen. Der Ankleideraum und der Speiseraum geben Anlass zu Klagen. Unerträgliche Verhältnisse herrschen in der chemischen Fabrik von Balzer. Die gemachten Darlegungen wurden von nachfolgenden Rednern bestätigt und theilweise ergänzt. Mit dem Hinweis, daß die Organisation notwendig sei, wenn die beklagten Uebelstände beseitigt werden sollten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Biebrich a. Rh.** Am 4. April tagte hier eine öffentliche Mitgliederversammlung, die von 150 Personen besucht war. Als Referent war Herr W. Wolf aus Wülheim erschienen, der über: „Die Gewerkschaften im Kampf für die Menschenrechte“ referierte. Es ließen sich 9 Personen aufnehmen. Das Erstes dieser Versammlung war, daß sie hauptsächlich von den alten Kollegen besucht gewesen ist.

Erstlich sind in der chemischen Fabrik Mattar-Biebrich zwei Arbeiter bei der Reinigung eines Theerfasses durch die ausströmenden giftigen Gase. Sofort vorgenommene Wiederbelebungsvorläufe blieben erfolglos.

**Braunschweig.** Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich Sonnabend, den 4. April, Morgens 6 1/2 Uhr, in der Zuckerfabrik Braunschweig, Bahnhofsstraße, zugetragen. Um diese Zeit tritt die Tageschicht zur Arbeit an. Von den Zentrifugen lief die dritte nach dem Abstampfen leer. Der Arbeiter Vogel gerieth auf bisher unangelegte Weise in sie hinein und wurde in einem Nu völlig zermalmt. Der Verunglückte war etwa 40 Jahre alt und hinterläßt Frau und zwei Kinder.

**Dietsheim.** Am 30. März tagte hier eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, die guten Besuches sich erfreute. Kollege Streb hielt ein mit Beifall aufgenommenes Referat über: „Freie und christliche Gewerkschaften“. An der Diskussion beteiligten sich zwei christliche Gewerkschaftler, die den schon dargelegten abgethanen Vorwurf, die freien Gewerkschaften seien sozialdemokratisch und bekämpften die Religion, aufs Neue erhoben. Folgende Resolution wurde gegen 4 Stimmen angenommen: „Die heute im Saale zum „Frankfurter Hof“ tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erkennt an, daß die christlichen Gewerkschaften nur hemmend für die Bestrebungen der Arbeiter wirken, und verspricht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß alle Arbeiter sich den freien Gewerkschaften anschließen.“ Mit einer Aufforderung des Vorsitzenden an die Versammelten, sich zu organisieren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Fortmund.** Sonntag, den 15. März, tagte hier eine öffentliche Versammlung. Kollege Fittgen-Rölln referierte über das Thema: „Welchen Zweck und welchen Nutzen hat die Organisation?“ Da am Orte bislang nur wenige Einzelmitglieder vorhanden waren, so war die Gründung einer Organisation ins Auge gefaßt. Er gab eingangs seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß die Kollegen am Orte sich zur Gründung einer Zahlstelle auftraffen. Die Lage der Arbeiter sei überaus ungunstig, nur Zusammenhalten, Energie und Kampf könne sie bessern. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner für Gründung einer Zahlstelle aus. Demgemäß wurde auch beschlossen. Am 21. März tagte bereits die erste Mitgliederversammlung, welche Bevollmächtigte und Revisoren in Vorschlag brachte.

**Göhrshausen.** In Kirchhof tagte am 12. April, Nachmittags 3 Uhr, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, in welcher Rechtsanwalt Dr. Jaspert, Braunschweig, über: „Zweck und Nutzen einer Organisation“ sprach. Redner erläuterte den Anknüpfenden, daß nur durch einheitliches Streben im Rahmen einer Organisation etwas erreicht werden kann und forderte die Arbeiter auf, sich, soweit sie noch nicht organisiert seien, dem Verbände anzuschließen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die im Lokale des Herrn Specht in Kirchhof tagende öffentliche Gewerkschaftsversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, sich an der Organisation zu halten und anzuwirken für die Beziehungen des Verbandes thätig zu sein, die aus nachstehenden Kollegen zu überzeugen und sie dem Verbände anzuschließen.“ Dem Verbände sind wieder mehrere Mitglieder gewonnen und beträgt die Mitgliederzahl von Kirchhof und Umgebung 50, es ist aber die größte Hoffnung vorhanden, die- ses noch bedeutend zu steigern.

**Hannover.** Freitag, den 8. April, tagte die Generalversammlung der Continental Caoutchouc und Guttapercha-Kommission. Es waren unter der Leitung des Geheimen Kommissionsrats Caspar 327 Stimmen mit 2352 600 Mk. Anteilkapital vertreten. Die Bilanz wurde genehmigt und die sofort zahlbare Dividende für das Geschäftsjahr 1902 auf 70 Prozent festgelegt. Die Gründung von Arbeiterwohnhäusern, im wägen 300 000 Mk. in Aussicht genommen sind, wurde den Vorständen der Verwaltung gemäß genehmigt. Bezüglich der Ausfüren für das laufende Geschäftsjahr machte Vorstand Seligmann die Mitteilung, daß das neue Jahr sehr gut begonnen habe und daß das Ziel anzuwenden ist, hart mit Bekämpfung der Werke in Hannover und Seelze in Ausführung begriffen. Bei der Rekonstruktion des Aufschlagswerks wurde die Kommissionsrat Caspar zum Vorsitzenden wiedergewählt. Die Gesamtvermögensgegenstände des Unternehmens bis Ende 1902 betragen 3 785 000 Mk. Es stehen demnach die letzten Zahlen mit rund 3 175 000 Mk. zu Ende, während die im

1873 gemachten Neuanfertigungen rund 5 810 000 Mk. erforderten. Der Stadtdirektor Traamm wurde zum Mitgliede des Aufsichtsrathes gewählt.

**Jagauk.** Die am 22. März im Lokale des Herrn Schneider abgehaltene Mitgliederversammlung war schlecht besucht. Kollege Ehrenberg macht darauf aufmerksam, daß die Beiträge regelmäßig bezahlt werden müssen. Alle die Mitglieder, welche 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, erhalten keine Zeitung und werden alsbald gestrichen. Wer seine Beiträge nicht bezahlen will, den können wir natürlich nicht zwingen, werden ihn aber auch nicht mehr in den Büchern führen und ihm die Zeitung bringen. In Folge des lauen Verhaltens hiesiger Kollegen sind die Löhnsätze ganz bedeutend herabgedrückt worden, so daß selbst die Gleichgiltigsten jetzt ausfangen, einzusehen, daß dieser Bohndrud ihrer Schlafmüdigkeit zu danken ist. Die Löhne werden noch weiter sinken, wenn es die fernstehenden Kollegen beim Versprechen, in den Verband einzutreten, bewenden lassen und dem Versprechen des Ausführens nicht folgen. Aber im Wortemachen sind unsere Herren Ausfühler hier groß. So behaupten manche von ihnen frank und frei, der 1. Bevollmächtigte werde vom Verband erhalten. Daß das nicht wahr ist, könnten diese Großmäuler ebenso gut wissen, als wie sie wissen könnten, daß das Steuergebel im Falle der Trampe auf Grund der statutarischen Bestimmungen nicht ausbezahlt werden konnte. Daß Unterführungen nur dann geleistet werden können, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, sollte für Jeden einleuchtend sein. Hoffentlich unterbleiben nun in Zukunft hier die Verdächtigungen und statt der großen Worte merkt man Thaten, die sich durch Eintritt in den Verband kenntlich machen.

**Marktaufst.** Am 7. April tagte eine öffentliche Versammlung im „Zöllinger Hof“. Genosse Oreny aus Leipzig referierte über: „Die Bedeutung des 1. Mai“. Er schilderte die Entstehung dieses Arbeiterfesttages und die Kämpfe, welche von Seiten der Besitzenden dagegen ins Werk gesetzt wurden. Nach langer Debatte wurde einstimmig beschlossen, den 1. Mai durch Rubenlassen der Arbeit zu feiern. Auch anwesende Arbeiter anderer Berufe versprachen, dafür zu sorgen, daß die Feier eine möglichst allgemeine sei.

**Oberhausen.** Unter ungewöhnlich starkem Andränge tagten am 10. April zwei öffentliche Versammlungen. Als Referentin war Kollegin Biez aus Hamburg erschienen, die über: „Die Gewerkschaften als Machtfaktor“ und „Der Kampf der Gewerkschaften mit der Polizei“ referierte. Eine große Anzahl von Aufnahmen wurden vollzogen. Die Versammlungen haben zur Ausbreitung unserer Verbandsfrage ungeheuer beigetragen.

**Rothenburgsort.** In der Mitglieder-Versammlung, die am 1. April bei v. Eichen tagte, gab Kollege Niemann einen Rückblick über die zehnjährige Entwicklung unserer Zahlstelle. Derselbe führte aus, daß sich in früheren Jahren überall unter den Fabrikarbeitern das Gefühl bemerkbar gemacht habe, sich zu organisieren, um sich als eine vereinigte Macht bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Es hätten sich dann Fabrikarbeitervereine gebildet, welche nach kurzem Bestehen sich stark genug fühlten, den Kampf mit dem Kapital aufzunehmen, aber unterliegen seien, was ihre gänzliche Zerspaltung wieder zur Folge hatte. Es sei dann im Jahre 1890 der Fabrikarbeiterverband ins Leben gerufen und am 1. April 1893 die Zahlstelle Rothenburgsort gegründet worden. Redner gab dann noch ein klares Bild über die bisherige Entwicklung unserer Zahlstelle. Die Anwesenden folgten mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen. Die nächste Mitglieder-Versammlung soll Bestimmungen treffen, nach denen in Zukunft noch Unterführungen aus der Kasse gewährt werden können.

**Schiffel.** Mittwoch, den 25. März, tagte im Lokale des Herrn Boede unsere Mitgliederversammlung. Nach Erledigung des 1. Punktes mußte der 2. Punkt der Tagesordnung (Vortrag) vertagt werden, da der Referent leider nicht erschienen war. Es wurde sodann zum 3. Punkt, Stellungnahme zur Maßfeier, übergegangen. Nach längerer Debatte wurde der Beschluß gefaßt, daß jeder männliche Kollege, der an diesem Tage die Arbeit nicht ruhen lassen kann, eine Mark in Betrage von 25 Pf. zu nehmen hat. Unter Verbandsangelegenheiten wurde der Beschluß von voriger Versammlung, betreffend Aufhebung der Willwärders Zahlstelle und Angliederung an die Schiffeler, wieder aufgehoben. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten erledigt waren, forderte zum Schluß der 1. Bevollmächtigte die Kollegen auf, wenn irgend möglich am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und rege zu agitieren, damit sich kein Kollege von der Entnahme einer Waimarke ausschließt.

## Arbeiter-Bildungsschule

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links, 2 Tr.  
Lehrplan für das 2. Quartal 1903.

Montag: National-Ökonomie (Reichsfinanzreform und die Einkommenbesteuerung in Preußen); Vortragender: Schriftsteller Georg Bernhard.

Dienstag: Geschichte (Geschichte des Industrialismus im 19. Jahrhundert); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.

Freitag: Rede-Übung (Übungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.

Der Unterricht beginnt in National-Ökonomie: Montag, den 20. April; Geschichte: Dienstag, den 28. April; Rede-Übung: Freitag, den 24. April.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich 1/2 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8—9 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mk. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Der erste Abend jedes Kursus steht Jedermann zum unentgeltlichen Besuche frei.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokale, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links, 2 Tr., und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstraße 49a; Neul. Warnimstraße 42; Vogel, Demminstraße 32; Kranje, Müllerstraße 7a; Gottsch. Engel-Ufer 15.

Alle Zuschriften sind an den 1. Vorsitzenden Hermann Lamm, Berlin SW. 43, Hornstraße 20, Cuergeb. II, Geldsendungen an den Kassirer S. Königs, Berlin S. 59, Hofenstraße 60, zu senden.

Der Vorstand.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Tretet der Arbeiter-Bildungsschule bei!

## Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand hat der Zahlstelle Potsdam die Zustimmung erteilt, einen wöchentlichen Extrabeitrag von 10 Pf. zu erheben. — Der Zahlstelle Harburg ist durch Beschluß des Vorstandes die Berechtigung gegeben, von den an Wauten beschäftigten Mitgliedern, ausgenommen Erdarbeiter, einen Extrabeitrag von je 50 Pf. für 9 Monate des Jahres zu erheben.

## Quittung.

Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialquittung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 1. April folgende Beträge ein:

Wiesburg 10,—, Wesselfuren 46,03, Augsburg 94,65, Arnstadt 5,—, Schiffel 531,05, Germerdorf 14,70, Biffa 3,—, Magnt — 50, Zegel 162,50, Sarstedt 13,40, Diebesheim 64,60, Kalen 10,—, Königshütte 45,40, Gebberheim 41,35, Stempel 18,25, Oberkollau 66,75, Bielefeld 18,95, Mägela 87,05, Pannsdorf 76,03, Gutin 53,66, Hamm 567,30, Weinböhta 27,30, Weuthen 5,10, A. Bohrberg 9,39, Offenbach 314,69, Hamburg-St. Pauli 376,42, Mannheim 46,93, Ebersberg (Wfalz) 50,—, Bremen 645,09, Mühlenbeck 50,50, Schleidig 32,86, Osterholz-Sch. 18,45, Braunschweig 1741,77, Rienenburg a. B. 116,57, Schneidheim 46,10, Schwolzig 12,80, Gamburg-St. Georg 564,75, Osterode 17,39, Wilhelmsburg 629,55, Leipzig 638,84, Frankfurt 442,41, Baranbeck 444,76, Verburg 309,77, Flensburg 370,31, Speyer 206,60, Charlottenburg 202,80, Potsdam 132,10, Grantenthal 119,60, Griesheim 128,75, Georgswerder 101,60, Tangermünde 100,65, Merseburg 71,10, Niederbodeleben 37,23, Kellinghufen 74,24, Strelitz 27,90, Brudmühl 15,26, Gr.-Ammensleben 7,07, Nauen 60,44, Al.-Steinheim 130,84, Altenburg (S.-A.) 300,81, Eberswalde 17,20, Seidelberg 24,05, Biffa 46,55, Konstanz 81,04, Biebr 39,60, Bruchfal 5,44.  
Schluß: Dienstag, den 14. April, Mittags 12 Uhr.

## Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

**Bitterfeld.** F. Günther, Böhrenstraße 40.  
**Catze.** Heinrich Grünberg, Johndorferstraße 12.  
**Freienwalde a. d. Oder.** Karl Meckel, Scheuenberg 13.  
**Germendorf.** Jos. Diekmannshente.  
**Köln-Mippes.** (Gau 16.) Albert Rüdgen, Mauenheimerstraße 15, I.  
**Leipzig.** Sachsen. (Gau 6.) Vertrauensmann: Herrn. Jörn, Altmair 11.  
**Liebenwalde.** Otto Grünher, Angerstraße 103.  
**Magdeburg.** Heinrich Köhne, Alexanderstraße 9.  
**Oberschöneweide.** (Gau 8.) Aug. Henjes, Fischerstr. 6.  
**Schöningen.** Joh. Pielich, Bddenstedterstraße 16.  
**Zegel.** Fritz Grothe, Schloßstraße 19.

## Gau 16.

Die diesjährige Gaukonferenz wird hiermit auf Sonntag, den 1. Juni, nach Essen, in das Lokale der „Dorfissa“, einberufen.

### Tagesordnung:

1. Wahl des Bureau.
  2. Wahl der Mandatsprüfungskommission.
  3. Bericht des Gauvorstandes.
    - a) des Vorsitzenden,
    - b) des Kassirers,
    - c) der Revisoren.
  4. Bericht der Delegirten.
  5. Anträge.
  6. Verschiedenes.
- Anträge zur Konferenz sowie die Namen der Delegirten sind bis zum 20. Mai an den Unterzeichneten einzufenden.  
J. A.: Jakob Fittgen, Köln-Grensfeld, Subbeirätherstraße 163, II.

## Gau 19 (Überf).

Am Sonntag, den 10. Mai, Vormittags 11 Uhr, findet unsere diesjährige Gaukonferenz in F a l e n b u r g, im Lokale des Herrn P a e t a u, statt.

### Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes.
  2. Kassenbericht.
  3. Bericht der Delegirten.
  4. Agitation.
  5. Berathung der Anträge.
  6. Wahl des Ortes der nächsten Gaukonferenz.
- Anträge zur Konferenz sowie die Namen der Delegirten sind bis zum 1. Mai an den Unterzeichneten einzufenden.  
J. A.: J. G. Rabden, Lübeck, Schützenstraße 39.

## Inserate.

### Zahlstelle Barmbeck.

Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden statt am zweiten Mittwoch eines jeden Monats im Lokale des Herrn M a r k l u p p, Dieblichstraße 19.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Jedes Mitglied ist eingeladen und berechtigt, Anträge zu stellen.  
1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Oberschöneweide.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Mitgliederversammlung jeden ersten Donnerstag nach dem 15. im Monat im Lokale des Herrn Ernst Kaufhold, Wilhelmshofstraße 18, stattfindet. Die nächste tagt am Donnerstag, den 23. d. Mtz, Abends 8 Uhr. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt.  
1,50 Mk.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Bodejuch.

Unsere Mitgliederversammlungen tagen im Sommer jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 5 Uhr, in Friedrichsburg bei Sufnagel. Die Kollegen werden er- sucht, recht zahlreich zu erscheinen.  
1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Rothenburgsort.

Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 29. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei v. Eichen, Regimentsstraße 137. Tagesordnung: 1. Die Regelung des Unterstützungswezens innerhalb der Zahlstelle. 2. Verschiedenes.  
1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

### Einzelm Mitglieder von Tangermünde.

Den Verbandsmitgliedern und Kollegen zur Nachricht, daß Scheifen zu dem am 2. Mai, Abends, im „Soflager“ stattfindenden Gewerkschaftsfeste bei den Kollegen F. G e r m i n s k y und A. Krüger zu haben sind.  
[90 Pf.]

### Zahlstelle Wilhelmsburg-Reiberstieg.

Sonnabend, den 9. Mai d. J., in Rahmann's Etablissement (Inhaber: S. Sievert): Vergüggen, verbunden mit Freischützen und Tombola. Der Uebereschuß ist zur Verbandskasse bestimmt. Karte à Person 30 Pf., wofür Tanz frei. Um zahlreiche Theilnahme ersucht.  
1,20 Mk.] Die Fahnenkommission.